

kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Fraktion nicht allein um innenpolitische Positionen, sondern um außenpolitische Mitgestaltung bemüht war – um eine Mitgestaltung, die insgesamt in die Nähe der Reichsleitung unter Bethmann-Hollweg rückte.

Zweifellos ist es aber so, daß die Fraktion in der Kriegszielfrage wie auch in der Beurteilung der innenpolitischen Möglichkeiten für die Nachkriegszeit nichts weniger als einheitlich gestimmt war. Anhand der Protokolle läßt sich eigentlich Schritt für Schritt die bis zur Parteispaltung führende Auseinandersetzung verfolgen. Im David-Tagebuch zeigt sich darüber hinaus nicht allein sehr schön die Rolle Südekums, sondern auch der Kampf gegen Bernstein, der als Führer des Vorkriegsrevisionismus sich 1917 in der USPD fand. Über Bernsteins Haltung im Weltkrieg – auch dies sei als ergänzendes Detail angemerkt, gibt der Briefwechsel mit Josef Bloch Auskunft. Dieser kleine Briefwechsel ruht im Bernstein-Nachlaß des Amsterdamer Instituts für Sozialgeschichte. Die Bernstein-Briefe liegen als Entwürfe vor. Bernstein kündigte seine Mitarbeit an den von Bloch redigierten Sozialistischen Monatsheften. Seine anglophile Einstellung spielte hier wohl eine erhebliche Rolle.

Insgesamt gesehen dürfen sowohl die Protokolle wie auch das David-Tagebuch als eine wertvolle Bereicherung für die Parteihistoriographie gelten – wertvoll auch insofern, als wir es hier doch mit einer nachgerade vorbildlichen Edition zu tun haben, die den Quellentext durch reichhaltige Anmerkungen erläutert. Der Benutzer der Protokollbände wird darüber hinaus nicht über die Einleitung hinwegsehen können, die als eine informativ und analytisch gleichermaßen ergiebige Darstellung anzusehen ist.

Horst Lademacher

Erhard Lucas, Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges (= Bremer Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte, Heft 3). Carl Schünemann Verlag, Bremen 1969. 134 S., kart., 8,50 DM.

Alfred Kastning, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919 – 1923 (= Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1970. 195 S., kart., 8,80 DM.

Peter Kritzer, Die bayerische Sozialdemokratie und die bayerische Politik in den Jahren 1918 bis 1923 (= Neue Schriftenreihe des Stadtarchivs München, Bd. 37). München 1969. 243 S., kart., 12,50 DM.

Die Haltung der Weimarer SPD muß unter dem Aspekt des vorhergegangenen Krieges gesehen werden. Die Untersuchung von *Erhard Lucas* über die Bremer SPD behandelt diesen Themenkomplex. Lucas geht von der These aus, *die Bewilligung der Kriegskredite im August 1914 habe einen Wendepunkt in der Geschichte der SPD bedeutet*. Tatsächlich stürzte die Partei über der Frage der Kreditbewilligung in innere Krisen und Auseinandersetzungen, die 1916 zum Bruch mit ihrem linken Flügel führten. Diese *Spaltung der politischen Linken*, die sich in den ersten Jahren der Weimarer Republik verhängnisvoll für die Sozialdemokratie auswirkte – und damit auch verhängnisvoll für die Republik selbst! –, weist Lucas eindrucksvoll am Beispiel der Bremer Sozialdemokratie nach; das Geschehen in Bremen wird als exemplarisch für die Gesamtentwicklung der Partei im Krieg hingestellt.

Lucas war dabei in der Lage, auf umfangreiches Quellenmaterial zurückgreifen zu können. Nicht nur, daß bereits in der Vorkriegssozialdemokratie innerparteiliche Diskussionen zwischen Revolutionären und Revisionisten weitgehend publiziert wur-

den, vielmehr konnte Lucas auch drei sozialdemokratische Zeitungen in Bremen benutzen, die seit 1916 in gegenseitiger Auseinandersetzung interne Differenzen veröffentlichten.

Bemerkenswerterweise gab es in Bremen bei Kriegsausbruch als einzige lokale SPD-Organisation eine Mehrheit des linken Flügels. Von dieser Position aus übte Alfred Henke, Reichstagsabgeordneter und Redakteur der sozialdemokratischen »Bremer Bürger-Zeitung«, Kritik an der SPD-Reichstagsfraktion. Immer wieder weist Lucas auf den Zusammenhang zwischen der Entwicklung in der Bremer SPD und dem Verhalten der Reichstagsfraktion hin. Nachdem beispielsweise am 21. Dezember 1915 zwanzig sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete – darunter auch Alfred Henke – offen gegen neue Kriegskredite gestimmt hatten, kam es im Januar 1916 in Bremen zum Erscheinen der »Bremischen Correspondenz«, herausgegeben vom rechten SPD-Flügel als Gegenorgan zur linken »Bürger-Zeitung«, von der Parteiminderheit in Bremen also. Dies bedeutete den Auftakt zu harten Richtungskämpfen innerhalb der Bremer Parteiorganisation. Nach der Abspaltung der »Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft« von der Mehrheit der Reichstagsfraktion am 24. März 1916 schloß sich im Lauf desselben Jahres der Bruch innerhalb der Bremer SPD an; im April 1917 folgte auf Reichsebene wie auch in den einzelnen Ländern die Gründung der USPD.

Lucas stellt diesen Spaltungsprozeß in Bremen wie auch im gesamten Reichsgebiet ausführlich dar und beleuchtet damit zugleich die immanenten und immer noch aktuellen Probleme des demokratischen Sozialismus: das Festhalten an Theorie und konkreter Utopie bei den einen, das Ausgehen von den vorhandenen gesellschaftlich-politischen Gegebenheiten bei den anderen.

Die äußere Aufmachung des Buches – zahlreiche Faksimiles und Fotos – unterstützt den Leser, Verständnis für die Problematik der Sozialdemokratischen Partei in einer ganz bestimmten, außergewöhnlichen historischen Situation zu gewinnen.

Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten sowie die Spaltung der Sozialdemokratie betrachtet auch *Alfred Kastning* als entscheidende Ereignisse der sozialdemokratischen Geschichte. Kastning geht es darum, das *Verhältnis der SPD zum Staat und zur Macht* zu erhellen. Er führt aus, in welchem Maße für die Mehrheitssozialdemokraten (und nach der Vereinigung von SPD und Teilen der USPD im September 1922 für die Vereinigten Sozialdemokraten) das Problem der Regierungsbeteiligung in der Weimarer Republik zugleich das Problem der Koalition mit bürgerlichen Parteien war. Denn trotz des radikalen Programms von 1919 errichteten die Sozialdemokraten mit zwei Parteien des Bürgertums eine ihren eigentlichen Zukunftsvorstellungen nicht entsprechende Republik.

Schon im September 1918, knapp zwei Monate vor Kriegsende, hatte die SPD – zum ersten Mal in ihrer Geschichte – Regierungsverantwortung übernommen, und zwar in einem Kabinett unter Prinz Max von Baden. Friedrich Ebert sah damals durchaus, daß im Interesse der Partei alles gegen, im Interesse des Volkes seiner Meinung nach jedoch alles für einen Eintritt in die Regierung spreche. Denn nach seiner Auffassung hätte ein Kabinett mit Sozialdemokraten bessere Aussichten, einen baldigen Frieden herbeizuführen. Ideologisch konnte diese Haltung durch den Beschluß der Internationale gerechtfertigt werden, eine vorübergehende Beteiligung an bürgerlichen Regierungen sei für Sozialdemokraten in außerordentlichen Situationen zulässig. Als im November 1918 der SPD sogar die gesamte Macht im Reich in den Schoß fiel, ging sie jedoch mit nicht auszugleichenden Widersprüchen in die Weimarer Republik: Jede politische Aktivität wurde gebremst durch die zahlreichen innen- und

außenpolitischen Krisen der ersten Nachkriegsjahre; die Partei stützte sich nach dem Machtwechsel auf den konservativen Beamtenapparat und das Offizierskorps des kaiserlichen Deutschland; zudem dachte sie in einer historischen Ausnahmesituation nicht revolutionär, sondern hielt sich starr an die Kategorien der Legitimität und Legalität.

Doch selbst in den Koalitionsregierungen seit 1919 hätte nach Meinung Kastnings eine entschlossene Parteiführung zahlreiche Reformmaßnahmen durchführen können, wenn sie über genügend Machtbewußtsein verfügt hätte. Doch obwohl die SPD die größte Fraktion bildete, stellte sie nur 1919/20 zur Zeit der Nationalversammlung (und dann noch einmal 1928/30) den Reichskanzler, bestimmte sie nur im ersten Jahr der Republik eindeutig die Richtlinien der Politik. Das Beharren auf theoretischen Vorstellungen überlagerte den Willen, an der Macht festzuhalten. Selbst in ihren größten Stunden blieb die Partei bescheiden: Sie stellte ihre nationale Opferbereitschaft viel zu wenig heraus und verzichtete – wie es für eine Partei selbstverständlich sein sollte, die wiedergewählt werden möchte – auf Herausstreichen ihrer Regierungserfolge, etwa der Justizreformen ihres Ministers Gustav Radbruch (eine Schwäche auch der Regierung Brandt!).

Weiterhin richtete sich ihre Propaganda in erster Linie an das Industrieproletariat und warb nicht um die Stimmen des durch Krieg und Inflation verarmten Mittelstandes und Kleinbürgertums. Neben diesem *Verzicht, sich als Volkspartei zu identifizieren*, stand die zunehmende Distanzierung der bürgerlichen Parteien von der SPD. Dennoch betrieb die Partei eine Politik der *Tolerierung bürgerlicher Minderheitsregierungen*, eine Haltung, die zwar ein frühzeitiges Ende des Weimarer Staates verhinderte, andererseits aber eine kraftvolle Regierung mit entschlußfreudigem Handeln nicht möglich machte.

Zwei Zitate Kastnings verdeutlichen zusammenfassend das Dilemma der SPD nach dem 1. Weltkrieg: «Das bürgerliche Lager rief die SPD nur dann bereitwillig zur Mitarbeit in der Regierung auf, wenn außenpolitische Verantwortung oder innenpolitische Lasten zu tragen waren. Aber die weitaus größte Partei sollte in dem von ihr geschaffenen Staat eigentlich nicht zur Mitarbeit gerufen werden müssen, sondern von sich aus dazu auffordern.» (S. 162). Und weiterhin:

»Die Partei wurde von den Folgen eines Weltkrieges, an dessen Ausbruch sie schuldlos gewesen war, gezwungen, eine unpopuläre Politik zu treiben, die ihre Existenz in Frage stellte. Eine evolutionäre Entwicklung zur sozialen Besserung verhinderten die Wirtschaftskrisen und der Versailler Vertrag [...]. So fiel es der Sozialdemokratie schwer, die Diskrepanz zwischen dem Gegenwartsstaat und ihrem Zukunftsstaat und den Widerspruch zwischen realistischer Politik und utopischer Agitation zu überwinden. Hierdurch bestimmte sich ihr zwiespältiges Verhältnis zur Weimarer Republik und zur Macht in diesem Staate, am deutlichsten sichtbar an ihrer Stellung in der Mitte zwischen Koalition und Opposition.« (S. 163 f.).

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt *Peter Kritzer* in seiner Untersuchung über die demokratische Linke in Bayern, – ein lange Zeit unbeachtet gebliebener Forschungsbereich. Auch Kritzer hebt *das mangelnde Machtbewußtsein der SPD* hervor, in diesem Falle bei der bayerischen SPD unter Auer und Hoffmann, und spricht von einer Politik der Halbheiten, des Unvermögens, des Hinter-den-Ereignissen-Herhinkens. Noch stärker als die SPD-Führung in Berlin lavierte die bayerische SPD zwischen Revolution und bürgerlicher Restauration: eine Haltung, die Sozialdemokraten schließlich veranlaßte, die Unterstützung revolutionsfeindlicher, rechtsradi-

kaler Freikorps zu beanspruchen; eine Haltung, die innerhalb eines Jahres zu einem rapiden Verlust an Wählerstimmen führte; eine Haltung, die im März 1920 den Kahr-Putsch in München (parallel zum Kapp-Putsch in Berlin, allerdings erfolgreicher) widerstandslos hinnahm.

Kritzer bemängelt in seiner Schlußbetrachtung, daß die SPD bereits seit der Jahrhundertwende längst eine demokratisch-sozialistische Reformpartei, eine *linke Volkspartei*, geworden sei, ohne sich dies ziel- und selbstbewußt einzugestehen und ein entsprechendes Programm auszuarbeiten. Dazu Kritzer: »[...] dieses Konzept [der Entwicklung der SPD von der reinen Industriearbeiterpartei zur Volkspartei] wurde [...] von der Sozialdemokratischen Partei erst in Bad Godesberg [1969] zum Programm erhoben.« (S. 214).

Als bemerkenswert an Kritzers Darstellung sei an dieser Stelle noch die sehr sachliche Behandlung Eisners erwähnt. –

»Wer die deutsche Sozialdemokratie verstehen will, sollte ihre Geschichte während der Weimarer Republik kennen«, schreibt Kastning in seinem Vorwort (S. 7). Und dieses Verständnis für die Entwicklung der SPD ermöglichen die drei Untersuchungen von Lucas, Kastning und Kritzer durchaus. Bei allen drei Autoren ist zugleich zwischen den Zeilen persönliches Engagement festzustellen: die Überzeugung von der Lauterkeit demokratischer und sozialpolitischer Bestrebungen aller sozialdemokratischen Gruppierungen einerseits, das Bedauern der historisch bedingten Schwächen der Lauterkeit demokratischer und sozialpolitischer Bestrebungen aller sozialdemokratischen Zielvorstellungen nur zu oft verhinderten: »Der zukunftsweisende und moralisch eindrucksvolle Kampf der Sozialdemokratie um soziale Gleichheit und politische Freiheit, um den Rechtsstaat und um Völkerverständigung scheiterte nicht nur an den Widrigkeiten des politischen Schlachtfeldes und der Streitmacht ihrer Gegner, sondern ebenso an ihrer eigenen Unzulänglichkeit.« (Kastning, S. 164).

Reinhard Lüke